

- SICHERHEITSRAT

## 7384. SITZUNG (PM)

UN Willkommen bei den Vereinten Nationen. Es ist deine Welt. Google-Übersetzung Original anzeigen

**UNITED NATIONS** MEETINGS COVERAGE UND PRESSEMITTEILUNGEN


ZUHAUSE    GENERALSEKRETÄR    GENERALVERSAMMLUNG    SICHERHEITSRAT    WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT

MEETINGS ABDECKUNG

SICHERHEITSRAT    SC / 11785  
7384. SITZUNG (PM)    17. FEBRUAR 2015

**Einstimmig wird die Resolution 2202 (2015) angenommen, der Sicherheitsrat fordert die Vertragsparteien zur Umsetzung von Abkommen auf, die auf eine friedliche Regelung in der östlichen Ukraine abzielen**

**Sehr geehrter Herr Präsident der Russischen Föderation**  
**Wladimir Wladimirowitsch Putin**



Post über die Botschaft der Russischen Föderation Wien    Fax: +43-1-712-33-88

Mit dem Ausdruck der ernststen Besorgnis des Sicherheitsrates bei den tragischen Ereignissen und Gewalt in den östlichen Regionen der Ukraine verabschiedete das 15-köpfige Gremium heute einstimmig eine Resolution, die das Waffenstillstandsabkommen der letzten Woche billigt.

Mit Resolution 2202 (2015) forderte der Rat alle Parteien auf, das am 12. Februar 2015 in Minsk (Belarus) angenommene "Maßnahmenpaket zur Durchführung der Minsk-Abkommen" in vollem Umfang umzusetzen. Englisch: [www.eu2006.gv.at/en/News/Speeches\\_I...sschuss.html](http://www.eu2006.gv.at/en/News/Speeches_I...sschuss.html) Die Ratspräsidentschaft war überzeugt, dass die Lösung der Lage in den östlichen Regionen der Ukraine nur durch eine friedliche Beilegung der derzeitigen Krise erreicht werden konnte. Der Rat begrüßte die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Russischen Föderation, der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands "Maßnahmenpaket" und ihr kontinuierliches Engagement für die Umsetzung der Abkommen.

Das in Anhang I der Resolution enthaltene 13-Punkte-Maßnahmenpaket forderte eine Reihe von Maßnahmen. Dazu gehörten ein sofortiger und umfassender Waffenstillstand in bestimmten Gebieten der Donezk- und Luhansk-Gebiete der Ukraine und ihre strikte Umsetzung am 15. Februar 2015 sowie der Entzug aller schweren Waffen beider Seiten um gleiche Abstände, um eine Sicherheitszone zu schaffen. Zu den Maßnahmen gehörten auch der Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärischer Ausrüstung und Söldner aus dem Gebiet der Ukraine im Rahmen der Überwachung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie die Abrüstung aller illegalen Gruppen.

Darüber hinaus forderte das Paket zur Durchführung der Reform in der Ukraine mit einer neuen Verfassung in Kraft treten bis zum Ende des Jahres 2015. Dieses Dokument hatte für die Dezentralisierung sowie die Verabschiedung ständiger Rechtsvorschriften über die besondere Stellung von bestimmten Bereichen der Donezk und Luhansk Regionen im Einklang mit acht Maßnahmen bis zum Ende des Jahres 2015.

Nach der Annahme der Resolution äußerten sich einige Redner besorgt über laufende intensive

Kämpfe und forderten ein Ende der Gewalt. Die Sprecher unterstützten auch die Rolle des Rates bei der dringenden Behandlung einer zunehmend beunruhigenden humanitären Krise, die mehr als 5000 Tote und 1,5 Millionen Vertriebene gesehen hatte. Die Ratsmitglieder hatten auch darauf hingewiesen, dass Täter für die Abschiebung des malaysischen Passagiers 2014 verantwortlich gemacht werden müssen, das 298 Menschen umgebracht hat.

Nach einer gemeinsamen Auffassung sagte der Vertreter Frankreichs, dass es die kollektive Verantwortung des Rates sei, "die Waffen zu schweigen". Der Vertreter Deutschlands sagte, die Resolution sei von äußerster Wichtigkeit und vermittelte denjenigen, die den Waffenstillstand verletzen, eine ernste Botschaft.

Vereinbart, der Vertreter der Ukraine forderte die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, um Verstöße zu verhindern. Er betonte auch, dass die Russische Föderation benötigt, um seine Grenzen mit seinem Land zu sichern und fordern Militanten zu den Vereinbarungen zu ehren.

Der Vertreter der Russischen Föderation sagte, sein Land habe stets alles getan, um einen offenen Dialog zwischen den Konfliktparteien zu gewährleisten. Er unterstrich, dass das derzeitige Maßnahmenpaket eine Chance gebe, "diese tragische Seite in die Geschichte zu verwandeln", warnte er vor einseitigen Maßnahmen, die dem Geist der Minsk-Abkommen widersprechen würden.

Ebenso sprachen Vertreter des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten, Spaniens, Chiles, Malaysias (für Australien, Belgien, Kanada, Indonesien, Niederlande, Neuseeland und die Philippinen), Neuseeland, Nigeria, Litauen, Tschad, Venezuela und Jordanien China.

Das Treffen begann um 15.07 Uhr und endete um 16.28 Uhr

Vitali Tschurkin ( Russland ) sagte , dass die Ereignisse, die sich in der Ukraine in den letzten Monaten waren tragisch genommen hatte. Tausende waren gestorben und über eine Million Zivilisten hatten die Konfliktzone verlassen, viele von ihnen suchten Schutz auf russischem Territorium. Die Vereinbarung vom 12. Februar in Minsk stellte eine echte Chance dar, "diese tragische Seite in die Geschichte zu verwandeln", sagte er und warnte vor einseitigen Maßnahmen, die dem Geist des Minsk-Abkommens widersprechen würden. Die Russische Föderation war stets bemüht, einen offenen Dialog zwischen den Konfliktparteien herzustellen, fügte er hinzu.

MARK LYALL GRANT ( Großbritannien ) , sagte , dass sein Land in für die Resolution gestimmt hatten, als sie die Bedeutung der Sicherung der jüngsten Abkommen einstimmig im Sicherheitsrat anerkannt. Die Parteien des Konflikts müssen sich dem jüngsten Waffenstillstand verpflichten, und "dieses Mal müssen wir Engagements in die Tat umsetzen", sagte er. Bisher hatte der Waffenstillstand für zweieinhalb Tage stattgefunden, und es schien, dass er mit Ausnahme einer "eklatanten" Missachtung in der ukrainischen Stadt Debaltseve respektiert worden war. Es war völlig inakzeptabel, dass rebellische Führer Aussagen gemacht hatten, dass der Waffenstillstand nicht auf Debaltseve zutrif. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss sofortigen Zugang zu dieser Stadt haben. "Wir fordern Russland auf, seinen Einfluss auf die Separatisten zu nutzen", um den Waffenstillstand zu wahren, sagte er und fügte hinzu, dass er auch erwartet, dass der Rückzug der schweren Waffen von beiden Seiten innerhalb der nächsten zwei Wochen zu sehen. Der Rat muss seine volle Rolle wahrnehmen, um sicherzustellen, dass die Waffenruhe vollständig eingehalten und die volle territoriale Unversehrtheit der Ukraine gewährleistet wird.

SAMANTHA POWER ( USA ) sagte , es sei eine Ironie , dass die Russische Föderation die Sitzung

genannt hatte eine Entschließung zu einem Konflikt zu übernehmen, die sie getankt hatte. In widersprüchlichen Berichten darüber, ob DeBaltseve gefallen sei oder nicht, sei der seit Sonntag geltende Waffenstillstand nicht geachtet worden, da viele Zivilisten den Terror der andauernden Angriffe aushielten. Darüber hinaus waren die von der Russischen Föderation ausgebildeten und bewaffneten Kräfte noch aktiv. Ihre Regierung hatte seit Beginn der Krise die Souveränität der Ukraine, das Ende der Gewalt und heute das "Maßnahmenpaket" unterstützt, das ein Wegplan zur Erfüllung der Minsk-Abkommen im September 2014 war eingegangen. Zu oft kam es zu Ratsdiskussionen in einem Vakuum, das die Realität vor Ort nicht berücksichtigte, und forderte die Russische Föderation auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewalt zu beenden.

FRANÇOIS DELATTRE ( Frankreich ), sagte der Notfall in der Ukraine für Aktion aufgerufen hatte. Angesichts der beunruhigenden humanitären Situation war es die kollektive Verantwortung des Rates, "die Waffen zu schweigen". Der Weg in Richtung Frieden, der auf die Diplomatie und die Resolution 2202 (2015) abzielte, spiegelt die Maßnahmen des Rates bei der Verfolgung dieses Weges wider. Traurig, Kämpfen hatte fortgesetzt, sagte er, fordern ein Ende der Gewalt sofort. Die Schaffung einer erweiterten Pufferzone und die Beseitigung schwerer Waffen in den kommenden zwei Wochen gehörten zu den Schritten zum Frieden. Alle Parteien sollten ihre Verantwortung voll und dauerhaft auf dem Weg zum Frieden vorantreiben.

ROMÁN Oyarzun MARCHESI ( Spanien ), sagte er zugunsten der Resolution 2202 (2015) gestimmt hatten, weil der Rat muss dringend handeln. Dankbar für die Schritte Frankreichs und Deutschlands, sagte er, es sei klar, dass eine militärische Option die Krise nicht lösen würde. Die kürzlich veröffentlichte Pressemitteilung des Sicherheitsrats hatte erkannt, dass der Waffenstillstand nicht eingehalten wurde. Der Erfolg des Maßnahmenpakets war für Frieden und Stabilität in der Ukraine, in der Region und in der Welt von zentraler Bedeutung, wobei die Europäische Union und die OSZE Schlüsselrolle spielten und beide verantwortungsvoll und gemeinsam handelten, um die Krise zu lösen.

Cristián BARROS MELET ( Chile ), sagte der Waffenstillstand ein Ende der Krise führen würde und dass die Resolution 2202 (2015) enthalten wichtige Elemente in dieser Hinsicht. Er sagte, die 13 Punkte des Minsk-Abkommens würden die Menschen in der Ukraine profitieren. Im Hinblick auf die Beendigung der Gewalt forderte er alle Parteien auf, dem Waffenstillstand Folge zu leisten, bis eine Lösung gefunden wurde, um die gegenwärtige Krise zu lösen.

HUSSEIN Haniff ( Malaysia ), auch im Namen von Australien, Belgien gesprochen, Kanada, Indonesien, den Niederlanden und den Philippinen, sagte, dass sein Land angenommen, dass die Resolution angenommen nur die volle Unterstützung des Rates vermittelt für den ausgehandelten Waffenstillstand und Friedensabkommen. Doch die jüngsten Entwicklungen in der östlichen Ukraine zeigten, dass die Situation dringender war als je zuvor. Der Konflikt war viel zu lange gegangen und hatte das Leben von zu vielen Unschuldigen beansprucht, darunter auch die an Bord des Fluges MH17, die am 17. Juli 2014 tragisch abgeschossen wurden. Alle Staaten müssen uneingeschränkt mit den Bemühungen um die Verantwortlichen zusammenarbeiten Für diese Tragödie vor Gericht. Die heute verabschiedete Resolution sei insofern eindeutig, sagte er und bekräftigt, dass internationale Standards für die Rechenschaftspflicht für alle Mitgliedstaaten gelten. Er forderte die Parteien des Konflikts, sich an die Minsk-Abkommen, sowie die Souveränität, territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Einheit der Ukraine.

JIM Mclay ( Neuseeland ) sagte, dass es kein Geheimnis war, dass der Rat gerungen hatte einen für beide Seiten akzeptablen Text für die heute angenommenen Entschließung zu verhandeln. Das sollte aber nicht die einfache Wahrheit verdunkeln: Das übergeordnete Ziel muss es sein, Leben gerettet zu sehen, die Souveränität der Ukraine und die territoriale Integrität zu respektieren und die

externe Unterstützung für die Separatisten zu beenden. Die Waffenstillstände hatten nicht immer an allen Orten Konsistenz, aber der Rat hatte heute ein starkes Signal der Unterstützung durch einstimmige Annahme der Resolution gesandt. Darüber hinaus waren die früheren Entscheidungen des Rates über die abgestürzten Flugzeuge, MH17, klar. Die Opfer dieser Tragödie dürfen nicht vergessen werden, und die Verantwortlichen müssen verantwortlich gemacht werden. Daher sollte die Amnestie, die durch die heute angenommene Entschließung angeboten wird, nicht für die Verantwortlichen dieses Verbrechens gelten. Insbesondere die Russische Föderation sollte ihren "unzweifelhaften" Einfluss auf die Separatisten nutzen, um sicherzustellen, dass sie den Waffenstillstand bewahren.

KAYODE LARO ( Nigeria ), sagte , es sei wichtig für die der Rat eine Nachricht zu senden, war es zwingend notwendig , eine dauerhafte Lösung für die Krise in der Ukraine zu finden. Es gäbe keine militärische Lösung für den Konflikt, sagte er, feststellend, dass alle Parteien eine Entschließung zur Situation durch einen Dialog verfolgen sollten, der die territoriale Integrität der Ukraine nicht beeinträchtigte.

Raimonda MURMOKAITĖ ( Litauen ) sagte , die humanitäre Krise, mit mehr als 5.000 Toten und 1,5 Millionen Vertriebenen, war von einem Zustrom von russischen Waffen verschärft. Sogar während das "Maßnahmenpaket" entworfen wurde, hatten ausländische Panzer in die Ukraine gerollt und schwer bewaffnete Verbrecher hatten ihre Ansturm gegen Debaltseve fortgesetzt, mit Drohungen, ihren "tödlichen Marsch" bis zu Charkiw und weiter fortzusetzen. Waffenstillstände, darunter auch die jüngsten, wurden verletzt, mit Militanten, die einen Krieg mit der Hilfe der Russischen Föderation führen. Frieden wäre ohne die Unterstützung des Landes für die Militanten möglich gewesen. Während das Paket fehlerhaft war, müssen seine Elemente respektiert und die Minsk-Abkommen umgesetzt werden. "Wir wissen gut, was getan werden muss", sagte sie und betonte die Notwendigkeit für die Überwachung und für die Russische Föderation, ihre Unterstützung für die Militanten zu beenden.

Bante MANGARAL ( Tschad ) sagte , sein Land stark die Auflösung für seinen Beitrag unterstützt in Richtung Verbesserung der bestehenden Situation. Er forderte auch alle Akteure auf, jedes Element der Resolution 2202 (2015) zu implementieren, um die Krise in der Ukraine zu beenden.

RAFAEL DARÍO RAMÍREZ CARREÑO ( Venezuela ) sagte , sein Land die Auflösung unterstützt als diplomatische Mittel die einzige Lösung für den Konflikt waren. Die Resolution und die Minsk-Vereinbarungen müssten eine vollständige politische Unterstützung für ihre vollständige Umsetzung haben, sagte er und fügte hinzu, er vertraue darauf, dass die Parteien diese Bemühungen begehren würden. Darüber hinaus muss eine transparente internationale Untersuchung im Hinblick auf den Niedergang der Malaysian Airlines Passagierjet durchgeführt werden. Es war keine Zeit, Hass zu verbreiten, sondern Frieden, Dialog und Diplomatie zu fördern.

MAHMOUD Daifallah MAHMOUD Hmoud ( Jordan ) sagte , dass eine politische Lösung der richtige Weg war Ukraine zu helfen , seine Stabilität wiedererlangen. Die Konfliktparteien sollten die Friedensabkommen vom September 2014 im Einklang mit dem vereinbarten Zeitrahmen vollständig umsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass das geplante Maßnahmenpaket in keiner Weise den Inhalt oder die Bestimmungen der Minsk-Abkommen, die von allen Ländern umgesetzt werden sollten, verändern würde. Er äußerte sich auch besorgt über die Nicht-Achtung des Waffenstillstands in Debaltseve und bat die Sezessionisten, die Gewalt dort sofort zu beenden.

LIU Jieyi, in seiner Eigenschaft als Vertreter des Sprechers China , begrüßte die von den Führern der Russischen Föderation erreicht Minsk Vereinbarung, der Ukraine, Deutschland und Frankreich, die er sagte , für den Friedensprozess integral waren. Diese Vereinbarung sollte von allen

Beteiligten vollständig beachtet werden. Der Sicherheitsrat sollte seine Unterstützung verstärken, um die Spannungen in der östlichen Ukraine zu deeskalieren. Die heute angenommene Entschließung war eine Demonstration der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für das Abkommen durch die vier Länder. "Wir müssen den Kurs einer politischen Lösung bleiben", sagte er und fügte hinzu, jede langfristige Lösung müsse ausgewogen sein und die legitimen Anliegen aller Parteien berücksichtigen und die langjährigen Realitäten der Region respektieren.

YURIY Sergeev ( Ukraine ) sagte , sein Land Unterstützung für die jüngsten Vereinbarungen begrüßte letzte Woche erreicht. Während sich die russische Seite als hingebungsvoller Befürworter des Friedens positioniert hatte und sogar die soeben beschlossene Resolution vorgeschlagen hatte, war das, was in Wirklichkeit geschah, anders. Leider, trotz der Hoffnung von allen Parteien über die Erfüllung aller Verpflichtungen, hatte die Nichteinhaltung der Vereinbarungen die Aussicht auf Frieden ruiniert, sagte er.

Die Militanten hatten vorhergehende Vereinbarungen sowie das gesamte Paket der Minsk-Abkommen verletzt, sagte er und fügte hinzu, dass die ukrainischen Ziele nach der Waffenstillstandsfrist mehr als 160 Schusswaffen und Waffen in der Ukraine angekommen seien. Unterdessen war das Militär der Ukraine schweigsam und respektierte die Vereinbarung. Die Situation in Debaltssevo war unglaublich angespannt, mit Militanten voran, untergraben das Wesen des Friedensprozesses. Er forderte die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auf, Verletzungen zu verhindern und betonte, dass die Russische Föderation die Grenzen sichern müsse und die Militanten dränge, die Abkommen zu ehren.

HARALD BRAUN ( Deutschland ) , sagte der Waffenstillstand war meist angehalten, mit der beklagenswerten Ausnahme von Debaltssevo. Die anhaltenden Angriffe bedrohten nicht nur den Waffenstillstand, sondern untergraben den im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe vereinbarten politischen Abwicklungsprozess und wurden von den norwegischen Staats- und Regierungschefs in Minsk unterstützt. Die Entschließung des Rates sei von äußerster Wichtigkeit, sagte er, da sie eine strenge Botschaft an diejenigen weitergab, die den Waffenstillstand verletzten.

Unter dem Boden ein zweites Mal, Herr Tschurkin ( Russland ) äußerte seine Enttäuschung über den Ausgang der Debatte. Die angenommene Resolution sollte eine solide Grundlage für die Arbeit des Sicherheitsrates gelegt haben. Doch "unsere Hoffnungen waren nur teilweise erfüllt", sagte er und fügte hinzu, dass einige Ratsmitglieder sich mit ihrer üblichen Rhetorik beschäftigten. Er forderte die entsprechende Umsetzung der soeben beschlossenen Resolution. Als Reaktion auf sein Gegenüber von den Vereinigten Staaten, die von einer "umgedrehten Welt" gesprochen, sagte er, dass er bedauert, dass sein Land der Auslösung der Krise in der Ukraine beschuldigt wurde. "Aber haben wir einen Präsidenten gestürzt? Was hat den Konflikt ausgelöst? ", fragte er. Es war die Entscheidung der Kiewer Behörden, eine militärische Operation in der östlichen Ukraine einzuleiten. Sie könnten adliger gehandelt haben, um den Tod ihrer Soldaten zu verhindern.

In Anerkennung des Schicksals der Zivilbevölkerung in Debaltssevo, fragte er, warum die westlichen Länder nicht Bedenken über die Bevölkerung von Donezk und Lugansk. Er versicherte den Ratsmitgliedern, dass die Russische Föderation versuchte, gemeinsam für humanitäre Konvois zu organisieren. Leider hatte die Ukraine sich geweigert, ihre Lasten zu untersuchen. Schließlich sprachen 93 Prozent der Einwohner der Krim die Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation an, nachdem sie die beiden Delegationen, die von der Krim gesprochen hatten, ansprachen. Was die territoriale Integrität der Ukraine anbelangt, erinnerte er daran, dass der Rat eine entsprechende Entschließung im Februar 2013 angenommen hatte.

Auch der Boden für eine zweite Zeit nehmen, Frau POWER ( USA ) begrüßte die Vereinbarung,

die besagt : "Wir werden alles tun, wir können , sie zu unterstützen." Doch sie die Russische Föderation gebeten , die Separatisten zu stoppen und zu senden , schwere Waffen über die Grenze. "Hört auf, euch zu tun, was ihr nicht tut", betonte sie und bat dieses Land, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Unter dem Boden wieder, Herr Tschurkin ( Russland ) sagte , sein Land nicht vorgab, und äußerte die Hoffnung , dass die Vereinbarungen würden in vollem Umfang umgesetzt werden.

Unter dem Boden ein zweites Mal, Herr Sergejev ( Ukraine ) argumentiert , dass das, was die Russische Föderation als "Wiedervereinigung der Krim" war eigentlich "ein Beruf, Annexion folgende Aggression." Die Russische Föderation war auf dem Völkerrecht mit Füßen getreten und wurde Einmischung in Die inneren Angelegenheiten der Ukraine. "Wir werden uns entscheiden, wie wir unser Leben organisieren und mit unseren Menschen interagieren", betonte er.

Herr Tschurkin ( Russland ) antwortete , dass , um ihre Angelegenheiten zu organisieren, Kiew einen Dialog mit den Bewohnern der östlichen Region etablieren müssen.

Frau MURMOKAITĖ ( Litauen ), den Boden für eine zweite Zeit nehmen, betonte , dass es nicht einfach war "mit einer Waffe gegen den Kopf" über den Entwurf einer Verfassung zu arbeiten. Sie sagte, sie habe auch festgestellt, dass Aktivisten in der Ukraine, "Verbrecher", waren besser bewaffnet als einige europäische Armeen, wie die ihres Landes. Solche Waffen konnten nur von der anderen Seite der Grenze kommen. Außerdem bemerkte sie ihre Überraschung, dass die Russische Föderation Kiew bitten sollte, ihre eigenen Soldaten aufzufordern, sich zu ergeben. Wie viele Länder würden einfach akzeptieren, dass ihre Städte von Kriminellen umgeben sind? Jedes Land auf dem Rat würde sein Territorium bis zum Ende verteidigen, sagte sie.

Herr Tschurkin ( Russland ) eingeladen Ratsmitglieder , die Minsk Vereinbarungen zu lesen, die er sagte , die Wiederherstellung der Ukraine diskutiert. Er nahm an, dass ukrainische Soldaten an der Front gefeuert hatten. Als Reaktion auf sein Gegenstück aus Litauen, sagte er, dass ihr Land der einzige Staat, der zugegeben hatte, gab es Waffen für ukrainische Kräfte.

Als Reaktion, Frau MURMOKAITĖ ( Litauen sagte) war es falsch zu sagen , dass ihr Land die Arme in die Ukraine zur Verfügung stellte. Während Litauen die ukrainischen Bürger für die medizinische Versorgung genommen hatte, selbst wenn ihr Land Rüstungen zur Verfügung stellte, wäre es ein "Tropfen im Ozean" und würde keinen Unterschied machen, sagte sie.

Auch den Boden nehmen wieder, Herr Sergejev ( Ukraine ) , die während Führer in Minsk und machte sehr klare Aussagen getroffen hatte, seine Delegation nicht mit der Interpretation nur aus der Russischen Föderation Delegierten gehört einigen konnten. "Wir sind nicht hier, um Minsk III zu schaffen", sagte er.

Herr Tschurkin ( Russland ), den Boden wieder aufnimmt, sagte der Minsk Vereinbarung gelesen werden sollte, interpretiert und umgesetzt werden Wort für Wort.

## Lösung

Der vollständige Wortlaut der Resolution 2202 (2015) lautet wie folgt:

" *Der Sicherheitsrat* ,

" Unter *Hinweis* auf die Ziele und Grundsätze in der Charta der Vereinten Nationen und seine volle Achtung der Souveränität bekräftigt, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine,

" *Ausdruck* seiner tiefen Besorgnis über die tragischen Ereignisse und Gewalt in den östlichen Regionen der Ukraine,

" *Bekräftigung* seiner Resolution 2166 (2014),

" *Fest davon überzeugt* , dass die Lösung der Situation in den östlichen Regionen der Ukraine nur durch eine friedliche Lösung für die derzeitige Krise erreicht werden kann,

1. *Schließt* sich das "Paket von Maßnahmen zur Umsetzung der Minsk - Abkommen", verabschiedet und in Minsk am 12. Februar 2015 (Anhang I) unterzeichnet;

2. *Begrüßt* die Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, dem Präsidenten der Ukraine, der Präsident der Französisch Republik und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des "Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsk - Abkommen", verabschiedet am 12. Februar 2015 in Minsk (Anhang II) und ihre anhaltende Verpflichtung zur Umsetzung der Minsk-Abkommen;

"3. *Fordert* alle Parteien auf , voll und ganz die "Maßnahmenpaket", einschließlich einer umfassenden Waffenstillstand implementieren , wie dort angegeben;

4. *Entscheidet* zu bleiben mit der Angelegenheit befasst.

" **Anhang I [der Auflösung]**

" **Paket von Maßnahmen zur Umsetzung der Minsk - Abkommen**

Minsk, 12. Februar 2015

1. Sofortige und umfassende Waffenstillstand in bestimmten Gebieten der Donezk und Luhansk Regionen der Ukraine und ihre strikte Umsetzung am 15. Februar 2015, 12 Uhr Ortszeit.

2. Entzug aller schweren Waffen beiderseits um gleiche Abstände, um für die Artilleriesysteme des Kalibers von 100 und mehr eine Sicherheitszone von mindestens 50 km Breite voneinander zu schaffen, eine Sicherheitszone von 70 km Breite für MLRS und 140 km Breit für MLRS "Tornado-S", Uragan, Smerch und Taktische Raketensysteme (Tochka, Tochka U):

- für die ukrainischen Truppen: von der de facto Linie des Kontaktes;

-für die bewaffneten Formationen aus bestimmten Gebieten der Donetsk und Luhansk Gebiete der Ukraine: von der Kontaktlinie nach dem Minsk Memorandum vom 19. September 2014;

"Der Entzug der schweren Waffen, wie oben angegeben, soll spätestens am zweiten Tag des Waffenstillstands beginnen und innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen sein.

"Das Verfahren wird von der OSZE erleichtert und von der Trilateralen Kontaktgruppe unterstützt.

"3. Sicherstellung einer wirksamen Überwachung und Überprüfung der Waffenstillstandsregelung und des Rückzugs von schweren Waffen durch die OSZE ab dem Tag 1 des Rückzugs unter Verwendung aller erforderlichen technischen Ausrüstung einschließlich Satelliten, Drohnen, Radargeräten usw.

4. Start eines Dialogs, am ersten Tag des Rückzugs, über die Modalitäten der Kommunalwahlen in Übereinstimmung mit der ukrainischen Gesetzgebung und dem Gesetz der Ukraine "Über interim lokale Selbstverwaltung Ordnung in bestimmten Bereichen der Donezk und Luhansk Regionen" sowie auf die Zukunft Auf der Grundlage dieses Gesetzes.

"Übernehmen Sie unverzüglich, spätestens 30 Tage nach dem Datum der Unterzeichnung dieses Dokuments eine Entschließung des Parlaments der Ukraine, die das Gebiet spezifiziert, das eine Sonderregelung genießt, nach dem Gesetz der Ukraine" Über vorübergehende Selbstregierungsordnung in bestimmten Bereichen des Donezk und Luhansk ", basierend auf der Linie der Minsk Memorandum vom 19. September 2014.

5. Sicherstellung von Vergebung und Amnestie durch die Verabschiedung des Gesetzes Verbot der Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen, die in bestimmten Gebieten der Donezk und Luhansk Regionen der Ukraine stattgefunden hat.

6. Gewährleistung der Freilassung und des Austauschs aller Geiseln und unrechtmäßig eingesperrter Personen nach dem Grundsatz "Alles für alle". Dieser Vorgang ist spätestens am 5. Tag nach Rücktritt zu beenden.

7. Gewährleistung eines sicheren Zugangs, der Lieferung, der Lagerung und der Verteilung der humanitären Hilfe an Bedürftige auf der Grundlage eines internationalen Mechanismus.

8. Festlegung der Modalitäten der vollständigen Wiederaufnahme der sozioökonomischen Bindungen, einschließlich der Sozialtransfers wie Rentenzahlungen und sonstige Zahlungen (Einkommen und Einnahmen, rechtzeitige Zahlung aller Versorgungsrechnungen, Wiedereinsetzung der Besteuerung im Rahmen des Rechtsrahmens der Ukraine).

"Zu diesem Zweck wird die Ukraine die Kontrolle über das Segment ihres Bankensystems in den vom Konflikt betroffenen Gebieten wiederherstellen und möglicherweise ein internationaler Mechanismus zur Erleichterung solcher Übertragungen geschaffen werden.

9. Wiederherstellung der vollen Kontrolle der Staatsgrenze durch die Regierung der Ukraine im gesamten Konfliktgebiet, beginnend am Tag 1 nach den Kommunalwahlen und endend nach der umfassenden politischen Regelung (Kommunalwahlen in bestimmten Gebieten der Donezk und Luhansk Regionen auf der Grundlage der Gesetz der Ukraine und Verfassungsreform) soll bis Ende 2015 abgeschlossen werden, sofern Absatz 11 in Abstimmung mit den Vertretern bestimmter Gebiete der Regionen Donetsk und Luhansk im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe in Abstimmung mit diesen einbezogen wird.

10. Entzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärische Ausrüstung, sowie Söldner aus dem Gebiet der Ukraine unter Überwachung der OSZE. Abrüstung aller illegalen Gruppen.

11. Ausarbeitung der Verfassungsreform in der Ukraine mit einer neuen Verfassung, die bis Ende 2015 in Kraft tritt und die Dezentralisierung als Schlüsselement (einschließlich eines Verweises auf die Besonderheiten bestimmter Gebiete in den Regionen Donetsk und Luhansk, vereinbart mit



den Vertretern dieser Gebiete) Sowie die Annahme der ständigen Rechtsvorschriften über den besonderen Status bestimmter Gebiete der Gebiete Donezk und Luhansk gemäß den in der Fußnote bis Ende 2015 festgelegten Maßnahmen. [Anm.

12. Basierend auf dem Gesetz der Ukraine "Über interim lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bereichen der Donezk und Luhansk Regionen" werden Fragen im Zusammenhang mit Kommunalwahlen diskutiert und vereinbart mit Vertretern von bestimmten Bereichen der Donezk und Luhansk Regionen in den Rahmen Der Trilateralen Kontaktgruppe. Die Wahlen werden in Übereinstimmung mit den einschlägigen OSZE-Standards durchgeführt und von der OSZE / BDIMR überwacht.

13. Intensivierung der Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe unter anderem durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Umsetzung der einschlägigen Aspekte der Minsk-Abkommen. Sie spiegeln die Zusammensetzung der Trilateralen Kontaktgruppe wider.

" *Hinweis*

" Solche Maßnahmen sind nach dem Gesetz über die Sonderauftrag für die kommunale Selbstverwaltung in bestimmten Bereichen der Donetsk und Luhansk Regionen:

- Erfüllung von Strafen, Strafverfolgung und Diskriminierung von Personen, die an den Ereignissen beteiligt sind, die in bestimmten Gebieten der Region Donetsk und Luhansk stattgefunden haben;

- Recht auf sprachliche Selbstbestimmung;

-Teilung der Organe der örtlichen Selbstverwaltung in der Ernennung der Leiter der Staatsanwaltschaften und Gerichte in bestimmten Bereichen der Donezk und Luhansk Regionen;

- Ermöglichung von Vereinbarungen mit Organen der örtlichen Selbstverwaltung über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk;

"-Staat unterstützt die soziale und wirtschaftliche Entwicklung bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk;

- Unterstützung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Regierungsbehörden in Donezk und Luhansk mit Distrikten der Russischen Föderation;

-Kreation der Volkspolizei-Einheiten durch die Entscheidung der lokalen Räte für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in bestimmten Bereichen der Donezk und Luhansk Regionen;

-Die Mächte der Abgeordneten der Gemeinderäte und Beamten, die bei frühen Wahlen gewählt, von der Werchowna Rada der Ukraine durch dieses Gesetz ernannt, kann nicht vorzeitig beendet werden.

"Teilnehmer der Trilateralen Kontaktgruppe:

Botschafter Heidi Tagliavini

Zweiter Präsident der Ukraine, LD Kutschma

Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine, M. Yu. Zurabov

AW Zakharchenko

IW Plotnitski

## " Anhang II [zur Auflösung]

### **"Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, des Präsidenten der Ukraine, des Präsidenten der Französischen Republik und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des" Paketes der Maßnahmen zur Durchführung der Minsker Abkommen " Februar 2015 in Minsk**

" Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, der Präsident der Französisch Republik, François Hollande, und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, bekräftigen ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Sie glauben fest daran, dass es keine Alternative zu einer ausschließlich friedlichen Regelung gibt. Sie verpflichten sich, alle möglichen individuellen und gemeinsamen Maßnahmen zu diesem Zweck durchzuführen.

"Vor diesem Hintergrund unterstützen die Staats- und Regierungschefs das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsk-Abkommen, die am 12. Februar 2015 von allen Unterzeichnern angenommen und unterzeichnet wurden, die auch das Minsk-Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsk-Memorandum vom 19. September 2014 unterzeichnet haben. Zu diesem Prozess beitragen und ihren Einfluss auf die betroffenen Parteien nutzen, um die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets zu erleichtern.

"Deutschland und Frankreich werden technische Expertise für die Wiederherstellung des Bankensektorsystems in den konfliktbetroffenen Gebieten bereitstellen, möglicherweise durch die Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Erleichterung von Sozialtransfers.

"Die Führungskräfte teilen die Überzeugung, dass eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU, der Ukraine und Russland der Krisenregelung förderlich sein wird. Zu diesem Zweck unterstützen sie die Fortsetzung der trilateralen Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland über energiepolitische Fragen, um Nachfolgestufen zum Gas-Winter-Paket zu erreichen.

"Sie unterstützen auch trilaterale Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland, um praktische Lösungen für die Bedenken zu schaffen, die Russland in Bezug auf die Umsetzung des umfassenden und umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der EU aufwirft.

"Die Führer sind nach wie vor der Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums aus dem Atlantik bis zum Pazifik verpflichtet, der auf der Achtung des Völkerrechts und der OSZE-Grundsätze beruht.

"Die Führer werden sich weiterhin für die Umsetzung der Minsk-Abkommen einsetzen. Zu diesem Zweck vereinbaren sie, einen Kontrollmechanismus im Normandy-Format einzurichten, der in regelmäßigen Abständen einberufen wird, im Prinzip auf der Ebene der hochrangigen Beamten der Außenministerien. "

